



**BÜRGERENTSCHEID  
OLYMPIABEWERBUNG 2022**

# **FÜR DIE REGION GEGEN OLYMPIA 2022**



**STIMMEN SIE MIT **NEIN**  
AM 10. NOVEMBER 2013**



**[WWW.NOLYMPIA.DE](http://WWW.NOLYMPIA.DE)**





## NEIN ZU SCHULDENBERGEN

Auf die Bürger des Landkreises kommt eine derzeit nicht überschaubare Kostenflut zu. Nur Investitionen, die direkt mit der Durchführung der Spiele zu tun haben, sind im Durchführungsbudget enthalten. Alle anderen Kosten, sowie die Defizite müssen von der Allgemeinheit geschultert werden. So sind z. B. die Sicherheitskosten außerhalb der Stadien von Bund, Land und Kommunen (= Steuerzahler) zu übernehmen.

## NEIN ZUM FLÄCHENVERBRAUCH

Der Flächenverbrauch in unserer schönen Alpenregion wird enorm sein! Für das olympische Dorf mit 1700 Betten, das Langlaufstadion für 20.000 Zuschauer (s. Konzeptstudie), für befestigte Langlaufloipen, die Erweiterung bestehender Anlagen und für Infrastruktureinrichtungen wird wertvolles Land verbraucht, welches nur zum Teil und mit viel Geld, Zeit und Mühe wiederhergestellt werden kann.

## NEIN ZUM KLIMAWANDEL

Die Veranstaltungen gehen bis Mitte März! Die Ausrichterorte sichern Schneesicherheit vertraglich zu. Das verlangt den Aufbau einer enormen Logistik, um für den Kunstschnee Depots anzulegen. Das wiederum hat enormen Wasser- und Energieverbrauch zur Folge. Für die Kunstschneeproduktion können Zusatzstoffe verwendet werden. Für 2 m<sup>3</sup> Kunstschnee benötigt man ca. 1000 l Trinkwasser.

## NEIN ZUR NATURZERSTÖRUNG

Die ökologischen Auswirkungen wie exzessive Müllproduktion (Coca-Cola und McDonalds sind Hauptsponsoren!), Eingriffe in Natur und Landschaft, vorübergehender Wegfall landwirtschaftlicher Produktionsfläche, Energieverbrauch, CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Verkehrsbelastung, Lärm usw. betreffen uns alle!

## NEIN ZU IOC-KNEBELVERTRÄGEN

Das IOC (in der Schweiz eingetragener gemeinnütziger Verein) verlangt von Staaten mit Bewerberorten schon vor der Bewerbung den Erlass eines „Olympiaschutzgesetzes“. Der spätere Host-City-Vertrag muss u. a. eine Freistellung von allen Steuern für das IOC, seine Firmen und die Sportler garantieren, während die Austragungsorte eine unbegrenzte Defizitgarantie abgeben müssen. „Nach deutschem Recht wird man den Vertrag als sittenwidrig nach § 138 BGB ansehen müssen.“

(Rechtsgutachten Prof. Dr. Gerrit Manssen zu Münchens Bewerbung 2018)



**Bitte gehen Sie am 10.11. zur Wahl und stimmen Sie beim Bürgerentscheid mit NEIN.**

Bündnis NOlympia Landkreis Traunstein

